Ratschlag

№ 85 März 23

Informationsschrift der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Leipzig

Haushalt stärken, die Krisen beherrschen

© Fraktion

Unsere Themen

S. 2–9 Beiträge zum Doppelhaushalt 2023/24
S. 10 Leipzig nachhaltig mobil
S. 11 Die Mär vom Leuchtturmprojekt Frachtflughafen
S. 11 CO_2-Bilanzierung für Kultureinrichtungen
S. 12 Reform des Jugendamtes
S. 13 Geförderte Arbeitsplätze in Leipzig
S. 13 Mein erstes Jahr im Stadtrat
S. 14 Macht und Bedeutung der Ausländerbehörde Leipzig
S. 15 Das Stadtbezirksbudget im Jahresrückblick 2022
S. 16 Kreuzworträtsel

Krisenfest bleiben – weil Krisen bleiben

© Canva Pro Fotoarchiv

Im Februar wurde auch mit den Stimmen unserer Fraktion der Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 verabschiedet. Die aktuellen Haushaltsverhandlungen standen unter dem Oberbegriff „Krise“.

Natürlich: Wir leben in krisenhaften Zeiten, die auch unsere Kommunalfinanzen unter Druck setzen. Die Kämmerei wurde angesichts der Gesamtlage ungewohnt persönlich und mahnte, sparsam mit Steuergeldern der Stadt umzugehen. Doch ganz so schwarz, wie es seitens der Verwaltung und einiger Fraktionen behauptet wurde, ist die finanzielle Lage der Stadt nicht.

Unsere Fraktion wurde anfangs für das umfangreiche Paket an Änderungsanträgen belächelt, sogar angefeindet. Die Realität zeigt hingegen, dass unsere – deutlich abweichenden Einschätzungen – für einen finanziell gesicherten Haushalt eingetroffen sind. Die Gewerbesteuereinnahmen steigen entgegen der Unkenrufe aus Verwaltung und Teilen des Rates auf Rekordniveau. Unsere Korrekturen mussten somit im Verfahren berücksichtigt werden. Ein Thema, dass nur wir hartnäckig bereit waren zu diskutieren und was sich am Ende gelohnt hat. Die Fraktionen von CDU und Freibeutern hingegen bauten durch ihren Entzug von Verhandlungsbereitschaft weiteren Druck auf. So saß das Rot-Grün-Rote-Lager über Wochen allein am Verhandlungstisch. Leicht hat sich die Suche nach tragfähigen Kompromissen dennoch keine der drei Fraktionen gemacht. Denn auch schon vor Haushaltsbeschluss stand im Raum, dass dessen finanzielle Belastungen Leipzig unter Umständen ein Jahrzehnt lang nachhängen könnten.

Um Klientelpolitik, so der hartnäckige Vorwurf aus dem rechts-konservativen Lager, geht es angesichts solcher Tatsachen nicht. In den Verhandlungen war für uns Bündnisgrüne entscheidend, wie wir mit Krisen generell umgehen. Sparhaushalte und übereilte Kürzungen zerstören gewachsene Strukturen ganz oder für lange Zeit und schaden letztlich allen in der Stadt. Finanzen, Wirtschaft und Stadtgesellschaft erholen sich nicht von allein, sondern aktives Handeln der öffentlichen Hand ist eine wichtige Grundlage dafür. Dieser von uns verfolgte Ansatz hat sich in der Corona-Krise bewährt, was auch die Verwaltung im Nachgang bestätigen musste. Angesichts weiter steigender Gewerbesteuereinnahmen bedeutet dieses Handeln auch keine zusätzliche Belastung.

Jetzt müssen wir uns infolge des Angriffskrieges auf die Ukraine mit weiteren Krisenszenarien auseinandersetzen. Das Thema Energieversorgung steht akut im Raum. Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen für die schnelle Umsetzung der Energiewende. Der Klimawandel in all seinen Ausprägungen ist alarmierend und macht vor unseren Stadtgrenzen keinen Halt. EU, Bund, Land und wir als Stadt dürfen jetzt nicht sparen, sondern müssen aktiv gegensteuern.

Für uns bedeutet das, an den richtigen Punkten zusätzliche Stellen und Mittel bereitzustellen, um Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt, ökologische Transformation, Klimawandelanpassung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu schaffen. Unsere Fraktion konnte am Ende im Vergleich zum vorherigen Doppelhaushalt eine noch deutlichere Grüne Handschrift hinterlassen. Aber es braucht mehr als das Erreichte, wenn wir so vorankommen wollen, wie es der Größe der Krisen angemessen ist. So sind auch die beschlossene Million für die Anpassung der Stadt an die Auswirkungen des Klimawandels ein Sprung nach vorn – allerdings fällt er im Ergebnis deutlich kleiner aus, als von uns gefordert. Oberstes Ziel bleibt es, unsere Stadt hin zur Klimaneutralität zu führen und an den nur noch in seiner Intensität abzumildernden Klimawandel anzupassen.

Wir hätten uns an einigen Stellen mehr gewünscht, um unsere Stadt noch konsequenter zukunftsfest zu machen. Aber die Richtung stimmt zweifellos. Mit dem Beschluss des Stadtrates sind die monatelangen Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24 geschafft. Das Fazit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fällt von daher überwiegend positiv aus.

Grüne Ecken entdecken!

Unsere Fraktion hat ein neues Projekt ins Leben gerufen, das Anregungen bieten soll, unsere Stadt ganz neu zu entdecken. Zu unterschiedlichen Themen bieten wir auf *www.gruene-ecken-entdecken.de* Wander- und Radtouren an, die Kommunalpolitik erfahr- und erlebbar machen. Touren, die ein paar der Themen näherbringen, denen wir uns im Leipziger Stadtrat regelmäßig widmen und die eng mit Leipzig verbunden sind. Wie wäre es beispielsweise mit einem Rundgang zur Friedlichen Revolution? Oder lernen Sie das wohl schönste Gebäude Leipzigs und Zentrum der Kommunalpolitik kennen, das Neue Rathaus! Auch Touren durch den Leipziger Auwald finden sich auf unserer Seite, genau wie die Entwicklung der Alten Messe zum Wissenschafts-, Wirtschafts- und Kulturzentrum. Interessant und wechselhaft ist auch die vielfältige Leipziger Buch- und Verlagsgeschichte sowie die Geschichte der Clubs und Livemusikspielstätten. In Zukunft werden weitere Touren dazukommen, nicht nur aus Leipzig, sondern und auch durch Partnerfraktionen aus anderen Städten und Regionen! Wir laden herzlich dazu ein, Grüne Ecken zu entdecken!

© Canva Pro Fotoarchiv

Erfolgreiche Initiativen der Fraktion zum Haushalt 2023/24

Mit dem Beschluss des Stadtrates sind die monatelangen Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24 zu Ende gegangen. Das Fazit unserer Fraktion fällt dabei positiv aus. Hier eine Auswahl der aus unserer Sicht wichtigsten Grünen Erfolge des Haushaltsbeschlusses.

Energie und Klima

- Mittel zur Umsetzung des Maßnahmenprogramms zur Klimawandelanpassung
- Beratung und Beteiligung der Bevölkerung zu kommunalen Mitmachangeboten und Fördermöglichkeiten zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung
- Bereitstellung der Mittel zur Förderung privater, steckerfertiger Balkonsolargeräte
- Stärkung der Energie- und Klimaschutzberatung im Umweltinformationszentrum und bei freien Trägern
- Aufstockung einer Stelle im Klimareferat für Energiewende
- Aufstellen eines kommunalen Förderprogramms „Heizungsmodernisierung für stabile Mieten“ im Rahmen des Energie- und Klimaschutzprogramms 2030

Kulturelle Vielfalt

- Bedrohte Freie Kunst und Kultur durch zusätzliche Fördermittel stärken
- Budget zur Umsetzung des erinnerungspolitischen Konzepts und von Maßnahmen der Erinnerungskultur

Zusammenhalt stärken

- Verstetigung und Professionalisierung der Bürger- und Akteursbeteiligung als Querschnittsaufgabe der gesamten Stadtverwaltung
- Aufstockung des Fonds „Leipzig. Ort der Vielfalt“
- Stärkung des Quartiersmanagements im Leipziger Osten zur Öffnung der Quartiersschule Ihmelsstraße in den Stadtteil
- Verbesserung der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen

Stärkung der Sozialstrukturen

- Finanzielle Aufstockung der Förderung in den Bereichen Soziales, Migration, Gesundheit und Vielfalt
- Stärkung der Förderung in der Kinder- und Jugendhilfe
- Einrichtung weiterer Kinder- und Familienzentren und Schulen mit Schulsozialarbeit
- Absicherung unabhängiger Beratung von Armutsbetroffenen
- Zusätzliches Personal in der Qualitätssicherung in der Wohnungslosenhilfe
- Förderung der Telefonseelsorge und des Projektes „Offener Dialog“ zur Beratung psychisch Kranker
- Finanzielle Beteiligung am Projekt Familienhebammen und Ausbau der Beratung des Autismuszentrums

Nachhaltiges Bauen

- Förderprogramm für Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung von Innenhöfen in hitzebelasteten Quartieren
- Planungen und Investitionen zur Schaffung öffentlicher Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität als Stadtplätze sowie verkehrsberuhigter und klimawandelangepasster Straßen
- Erarbeitung von Planungs- und Baugrundsätzen für nachhaltiges Bauen und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe
- Erfassung von Leerständen sowie die finanzielle Unterstützung der niedrigschwelligen Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum verbunden mit kulturellen und anderen gemeinwohlorientierten Nutzungen

Stadtnatur

- Zwölf Stellen im Amt für Stadtgrün und Gewässer für operative Aufgaben im Bereich Pflege und Entwicklung von neuen Parks- und Grünflächen, Biotop-Pflege und Wasserbau sowie die Einhaltung der Baumschutzsatzung
- Höheres Budget für Biotopflege, Parks, Baum- und Forstpflege sowie die Gewässerunterhaltung
- Kontrolle und Ahndung von Schottergärten zur Umsetzung der Grünsatzung durch das Ordnungsamt

Wichtige Weichenstellung für nachhaltige Stadtentwicklung

von Dr. Tobias Peter

Oft ist es bereits ein Erfolg, wenn ein Antrag nicht gestellt werden muss. Viele Anliegen im Bereich Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, für die wir in den letzten Haushaltsverhandlungen noch kämpfen mussten, waren in jetzigen Verwaltungsentwurf bereits enthalten – seien es die kommunale Wohnungsbauförderung, die energetische Sanierung der kommunalen Liegenschaften oder die Mittel für die Entwicklung des Stadtteilparks Volkmarsdorf und der Ostwache. Auch die dringend notwendige Personalstärkung für kommunale Bauvorhaben im Amt für Gebäudemanagement mit 40 zusätzlichen Stellen war bereits im Verwaltungsvorschlag enthalten.

Leerstellen gab es dennoch. Unsere Haushaltsanträge folgen den inhaltlichen Schwerpunkten, die wir mit Anträgen und Ratsbeschlüssen verfolgen. Im Herbst vergangenen Jahres hatten wir zur Unterstützung des kooperativen Wohnungsbaus ein Umsetzungskonzept für einen revolvierenden Fonds beauftragt, mit dem die Stadt den Zwischenerwerb und die anschließende Weitergabe an Ankaufträger wie Genossenschaften, LWB und Kleingenossenschaften ermöglichen kann. Dieser Ansatz wird bereits seit vielen Jahren im Rat diskutiert, scheiterte aber an der Verwaltung. Nun kam es zu einem Umdenken und es werden insgesamt 2,5 Mio. Euro als Anschubfinanzierung bereitgestellt. Durchsetzen konnten wir uns auch mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für die Aktivierung von leerstehendem Wohnraum in Höhe von 1 Mio. Euro. Klimaschutz und bezahlbares Wohnen wollen wir mit einer Förderung von energieeffizienten Heizungssystemen mit stabilen Mieten voranbringen. Ziel ist, dass die Umlage von Sanierungskosten auf die Kaltmiete die eingesparten Heizkosten nicht übersteigt. In diesem Rahmen sollen auch Modelle zur Finanzierung, Installation und Umlage von erneuerbaren Wärmesystemen gefördert werden.

Ebenfalls im letzten Jahr beschloss der Rat auf unsere Initiative hin eine Strategie zur Netto-Null-Versiegelung. Bei der Umsetzung wird es neben der Reduzierung zusätzlicher Versiegelung auf aktive Entsiegelung ankommen. Deshalb haben wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen eine Förderrichtlinie zur Entsiegelung und ökologischen Aufwertung von (Innen-)Höfen, Vorgärten und sonstigen versiegelten Flächen in hitzebelasteten Stadtquartieren durchgesetzt und starten dabei mit 300.000 Euro in 2024. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag zur Klimawandelanpassung. Auch mit „Coolen Straßen“ wollen wir durch weniger Parkplätze und mehr Grün zur Abkühlung in Hitzesommern beitragen. Um diesen grundlegend anderen Ansatz in die Planung und Umsetzung zu bringen, werden künftig zwei Stellen und 100.000 Euro für erste Planungen zur Verfügung stehen.

Unsere erfolgreichen Initiativen zu Holzbauoffensive und Reduzierung Grauer Energie haben wir mit einem Haushaltsantrag zur Förderung nachhaltigen Bauens untersetzt. Im Ergebnis hat die Verwaltung zugesichert, Planungs- und Baugrundsätze für nachhaltiges Bauen zu erarbeiten. Vier bis sechs kommunale Typen-Bauvorhaben sollen als Holz(hybrid)bau) und „cradle to cradle“-Ansatz (Berücksichtigung des gesamten Stoffkreislaufs) realisiert werden. Von diesen Pilotbauten sollen Grundsätze für das nachhaltige Bauen für kommunale Typenbauten als Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung abgeleitet werden. Weiterhin soll ein Modell zur Ökobilanzierung von Teilmaßnahmen (Begrünungs-, Verschattungs-, Bewässerungsmaßnahmen) beauftragt werden.

Die Ostwache in Anger-Crottendorf © Fraktion

„Coole Straßen“ können durch weniger Parkplätze und mehr Grün zur Abkühlung im Hitzesommer beitragen

Screenshot der Stadtklimakarte auf leipzig.de © Fraktion

Schau, wie heiß es in deinem Viertel wird:

Dr. Tobias Peter

Grün hält

von Katharina Krefft

Wenn wir über die Krisen hier oder in der Welt sprechen, sind das für die meisten Menschen erhebliche Veränderungen. Für Armutsbetroffene sind sie existentiell. Es ist unsere politische Aufgabe, einkommensschwache und sozial ausgeschlossene Menschen ganz besonders zu bedenken: bei jeder politischen Entscheidung – ganz besonders aber mit finanziellen Mitteln für mehr Hilfe zur Selbsthilfe.

Grün hält warm

Nach dem Sommer reichten wir einen Maßnahmenplan ein, wie die Leipziger*innen vor finanziellen Härten aus der fossilen Energiekrise geschützt werden können. Viele Punkte wurden bereits vor der Beschlussfassung erfüllt, zum Beispiel die Anpassung der Kosten der Unterkunft und die Energieberatung bei den Stadtwerken. Einfache Informationen sollen außerdem auf der städtischen Webseite verfügbar werden.

Grün hält zusammen

Mit dem aktuellen Haushalt legten wir neben der Klimakrise einen Schwerpunkt auf die soziale Krise und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei setzen wir auf bezahlbares Wohnen, wollen Leerstand mobilisieren und sowohl für Wohnen als auch für gemeinnützige Nutzungen Raum schaffen. In der Pandemie stieg das Aufkommen an psychischen Krisen – eine einfache Ansprechbarkeit ist schon der erste Schritt. Wir erreichten, dass die Telefonseelsorge erstmals finanziell gefördert wird. Es ist uns auch gelungen, Angebote zu fördern, die mittellose Menschen beim Zugang zu Leistungen unterstützen, die ihnen nach dem Gesetz zustehen. Außerdem setzen wir uns für arbeitslose Menschen mit Zugangsschwierigkeiten ein und verlangen ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt auch über 2024 hinaus zu sichern (siehe Beitrag von Monika Lazar, Seite 13). Durch gezielte Arbeit im Fachausschuss konnten wir darüber hinaus erreichen, dass im Jobcenter Übersetzungsdienste für Nichtmuttersprachler*innen genutzt werden.

Grün hält zu den Ärmsten

Im November beschlossen wir den Wohnungsnotfallplan 2023—2026. Auch durch unsere Änderungsanträge ist ein Paradigmenwechsel gelungen! Wohnungslose werden individueller betrachtet, ihre persönlichen Wünsche finden mehr Berücksichtigung. Übernachtungshäuser werden tagsüber geöffnet werden, Housing First wird erweitert und das Hilfesystem bekommt mehr Ressourcen. Zum Beispiel bekommen Ärzt*innen, die Wohnungslose auf der Straße behandeln, ein Fahrzeug und eine Aufwandsentschädigung.

> **Tarifsteigerungen und Mieterhöhungen dürfen keinesfalls zu Angebotsreduzierungen führen**

Katharina Krefft

Um Angebote in ihrer ganzen sozialen Breite abzusichern, setzten wir uns für die Erhöhung der Fördermittel im Bereich des Sozialamtes ein. Denn Tarifsteigerungen und Mieterhöhungen gehen an den Vereinen und Verbänden nicht vorbei und dürfen keinesfalls zu Angebotsreduzierungen führen. Genau das stand auch den psychosozialen Zentren bevor. Mit einer gemeinsamen Initiative konnten wir Mittel schon vor der Haushaltsdiskussion erwirken, um niedrigschwellige Angebote für psychisch Kranke in unserer Stadt von Montag bis Freitag zu sichern. Erst im Haushaltsverfahren konnten wir auch ein neues Angebot für traumatisierte Geflüchtete bei der gemeindenahen Psychiatrie verstärken.

Grün hält Kontakt

Sozial Ausgeschlossene haben keine Stimme, sie sind mit ihren Problemen zu stark belastet, als dass sie an Stadträt*innen schreiben oder demonstrieren. Grün hält den Kontakt zum Hilfesystem, um Bedarfe frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden. In der AG Recht auf Wohnen oder im Psychiatriebeirat sowie mit Terminen wie dem jährlichen Treffen mit der AG Freie Wohlfahrt, und natürlich mit Besuchen bei sozialen Einrichtungen, – mit Stadtratskolleg*innen, dem Fachausschuss oder mit der Bürgermeisterin Felthaus – bleiben wir an den Themen dran und setzen uns für die ein, die keine Lobby haben.

Grün hält die Demokratie hoch

Damit die Solidarität in unserer Stadtgesellschaft stärker wird, setzen wir auf das Referat für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist unsere Antwort auf die Studienergebnisse zu den Ursachen urbaner Gewalt, die medial zu häufig auf „Connewitz“ verkürzt werden. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir uns für einen eigenen Verfügungsfonds für das von unserer Bürgermeisterin aufgebaute Referat eingesetzt.

Quo Vadis Umweltschutz im Haushalt?

von Jürgen Kasek

© Fraktion

Die Folgekosten der zerstörten Natur werden die Kosten von wirksamem Schutz um Längen übersteigen

Die Kritik am Handeln der Stadt, die einen Klimanotstand beschlossen und als Zielsetzung und Forderung hat, dass Grünflächen erhalten werden und mehr Fläche für Wald zur Verfügung gestellt wird, ist vernehmbar und wird lauter. Zu Recht. Zu oft werden Belange des Umwelt- und Naturschutzes hintenangestellt, wenn über Zielkonflikte gesprochen wird.

Und ja, Politik muss einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen schaffen. Leipzig wächst und dazu braucht es Wohnungen, Gewerbe und nach Meinung einiger auch Straßen. Was darunter leidet ist der Umweltschutz. In vielen Anfragen haben wir herausgearbeitet, dass es bislang weder gelungen ist, das Ziel von jährlich 1.000 Straßenbäumen Nettozuwachs zu erreichen, noch dass Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen überwacht und damit auch wirksam kontrolliert werden.

Anders gesagt, für viele Bauprojekte ist es wirtschaftlicher, erst Bäume zu fällen und darauf zu hoffen, dass es keine Kontrollen gibt, als dass man das formale Verfahren durchläuft. Im Zweifel erscheinen Bußgelder im Vergleich zum Kostenfaktor Zeit verschmerzbar. Sogar die Stadt selbst schätzt ein, dass die Bußgelder keine verhaltensändernde Wirkung haben. Der Verlust an Ökosystemleistung spielt in der gesamten Betrachtung, wie so oft, keine Rolle.

Hinzu treten die meteorologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Weniger Niederschlag, der sich verstärkt in den Winter verlagert und damit außerhalb der Vegetationsperiode, setzt der Natur ebenso zu, wie die Zunahme an Trockenheit, Stürmen und Schädlingen. Zu Verlusten an Grünflächen durch Baumaßnahmen entsteht dadurch ein vierstelliger Verlust an Parkbäumen, wohlgemerkt jedes Jahr.

Zu dem Problem, dass zwar gerne allerhand Personen betonen, wie schön und wichtig Bäume sind, ohne dass sich dies im konkreten Handeln niederschlägt, kommt das Problem des Haushalts in Zeiten von Inflation, befürchteten Einnahmeausfällen und immer neuen Begehrlichkeiten.

Mit einem Paket von Änderungsanträgen haben wir versucht im Haushalt gegenzusteuern. Mehr Geld und Stellen für Park- und Baumpflege, Stellen für das chronisch unterbesetzte Team Baumschutz, mehr Ressourcen für wirksame Kontrolle von Ersatzpflanzungen. Hinzu treten notwendige Arbeiten an der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, welche ein Verbesserungsgebot bis 2027 vorsieht, das die Stadt ebenfalls absehbar nicht erreichen wird.

Es handelt sich dabei um Aufgaben, die Geld kosten. Die Folgekosten der zerstörten Natur werden jedoch die Kosten von wirksamem Schutz und sofortigem Gegensteuern um Längen übersteigen. Ein Fakt, auf den man immer wieder hinweisen muss. Doch zu oft wird im Hier und Jetzt gerechnet, ohne Folgekosten mit einzubeziehen. Fehlen Bäume, fehlt Grün, heizt sich die Stadt schneller auf, trocknet der Boden schneller aus, kann Wasser schlechter versickern und wird uns bei Starkregen überspülen – handeln wir, bevor das Kind in den Brunnen fällt!

Gebetsmühlenartig kann man dieses Mantra vor sich hersagen, aber als Umweltschützer*in fühlt man sich nach wie vor im Stadtrat recht alleine. Für andere Fraktionen ist es halt meist ein Thema unter Sonstiges. Was bedeutet schon ein Wald, wenn man neue Wohnungen für Wähler*innen bauen kann oder Investor*innen Geld einspielen.

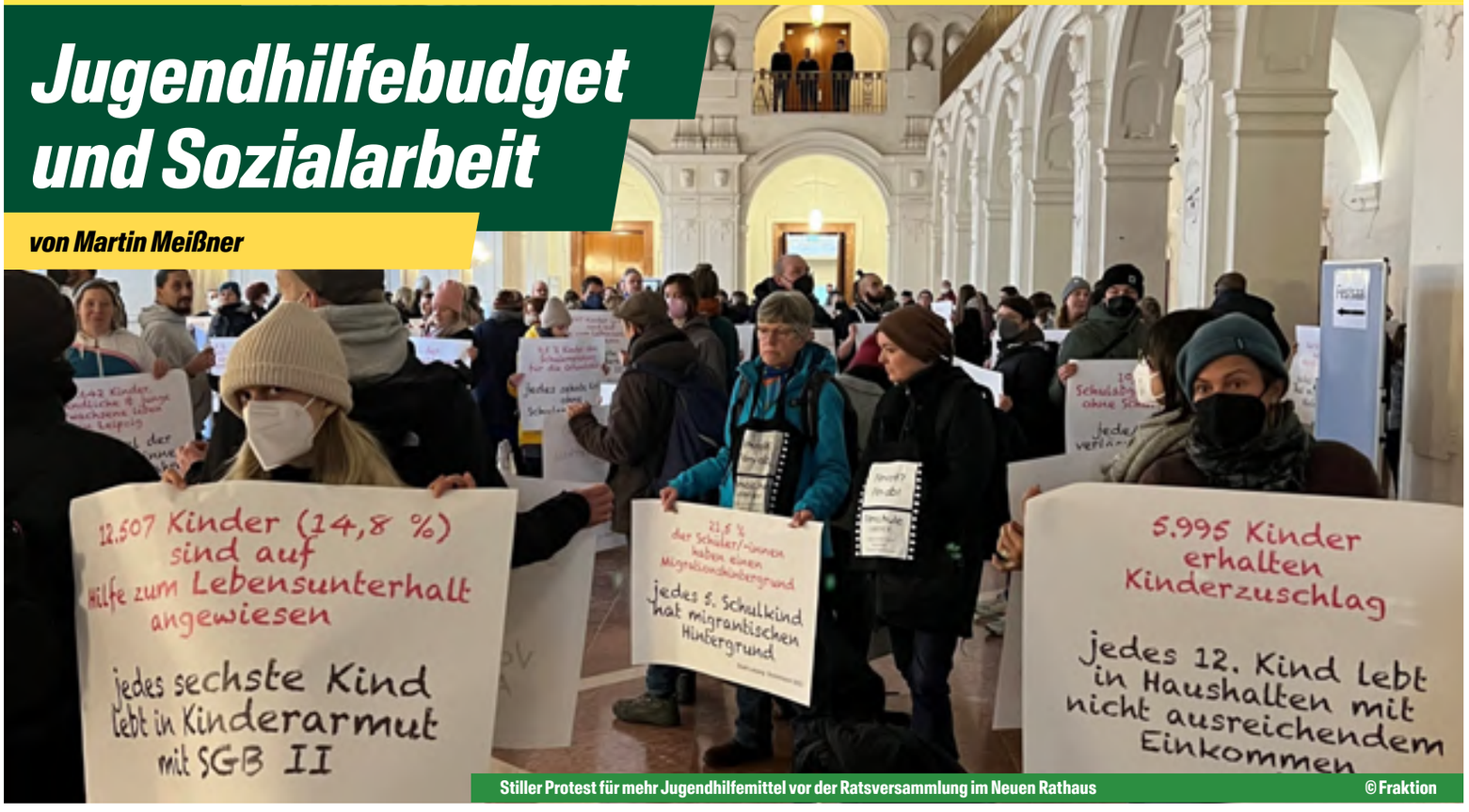
Am Ende fassten wir einen Großteil der Haushaltsanträge aus dem Bereich Umweltschutz zusammen und konnten am Ende immerhin zwölf Stellen im Amt für Stadtgrün und Gewässer sichern, die die oben beschriebenen Aufgaben umsetzen sollen. Immer noch zu wenig, aber wenigstens eine Verbesserung durch eine gemeinsame Neufassung, die auch Anträge der SPD-Fraktion einbezogen hat und deren Notwendigkeit sich am Ende auch die Linke Fraktion und sogar Teile der CDU-Fraktion nicht verschließen konnten.

Ein Teilsieg in einer langen Auseinandersetzung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Für mehr Umweltschutz und Grün in Leipzig.

Jürgen Kasek

Jugendhilfebudget und Sozialarbeit

von Martin Meißner



Stiller Protest für mehr Jugendhilfemittel vor der Ratsversammlung im Neuen Rathaus © Fraktion

Für die Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen konnte im Haushalt der kommenden beiden Jahre viel erreicht werden. Die Stadt setzt hier ihr Engagement für eine familienfreundliche Kommune fort, indem u.a. weitere Kindertagesstätten gebaut werden, umfangreiche Familienhilfeangebote ihre Arbeit fortsetzen, Schüler*innen weiter preiswert Bus und Bahn fahren, junge Familien Baby-Starterpakete und ein erweitertes Informationsmaterial für finanzielle Unterstützungen an die Hand bekommen.

An einigen Stellen, wo uns die Haushaltsansätze nicht weit genug gingen, konnten wir Grüne gemeinsam mit den Fraktionen von Die Linke und SPD erfolgreich nachjustieren.

So haben wir uns auf die deutliche Erhöhung des Budgets zur Förderung von Vereinen und Verbänden im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verständigt. Auch wurden weitere Personalstellen in der Schulsozialarbeit sowie für die weitere Entwicklung von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren auf den Weg gebracht.

Nachdem der Jugendhilfeausschuss im vergangenen Jahr die für unsere fachliche Arbeit zugrundeliegende Integrierte Kinder- und Jugendhilfeplanung beschlossen hat, die Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen gewährleisten, Familien stärken und ein sinnstiftendes Freizeitverhalten für alle jungen Menschen ermöglichen soll, drohte zunächst mit dem Haushaltsplanentwurf eine Kürzungswelle. Viele Vertreter*innen aus unterschiedlichen Kinder- und Jugendprojekten, von Jugendclubs, aus der Drogenprävention, der Jugendmedienarbeit und der Familienhilfe, protestierten schweigend vor jeder Sitzung des Stadtrates und machten eindrücklich auf die Nöte aufmerksam.

Grund für die finanzielle Unterdeckung im Haushalt waren teils neue und zusätzliche Finanzierungsnotwendigkeiten, weil Bundes- und Landesanteile an der Finanzierung gesunken und Personalkostensteigerungen sowie zusätzliche Postcorona-Bedarfe zu berücksichtigen waren. Um diese Bedarfe zu decken, war eine erhebliche Steigerung des Gesamtbudgets um über 10% notwendig.

Auch die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren wird forciert. Hierzu werden pro gefördertem Kita-Standort je eine halbe Personalstelle zusätzlich für die Elternarbeit zur Verfügung gestellt. So schaffen wir in den nächsten zwei Jahren in acht weiteren Kitas personelle und finanzielle Möglichkeiten, um Familien unkompliziert und niedrigschwellig zu beraten und zu unterstützen. Die Kita als tagtäglicher Bezugspunkt der Familien ist dafür der optimale Ort. Wir geben den Kitas damit die Möglichkeit, sich stärker im sozialen Kontext der Familien zu vernetzen. Auch der Freistaat Sachsen fördert seit August in 33 Leipziger Kitas über das Programm des Europäischen Sozialfonds „Kinder stärken 2.0“ die Kita-Sozialarbeit. Das sind insgesamt 18 Kitas mehr als im ersten Förderprogramm „Kinder stärken“ (2016—2022) und damit ein erheblicher Schritt in die richtige Richtung. Mit Kita-Sozialarbeit und der sukzessiven Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren stärken wir Kinder und deren Familien.

Sozialarbeit in Schulen ist hingegen schon seit vielen Jahren in Leipzig erfolgreich implementiert worden. Mittlerweile 99 Schulen, allen voran Grund-, Ober- und Förderschulen profitieren von Schulsozialarbeit, auch hier maßgeblich – zumindest im Oberschulbereich – vom Freistaat gefördert. Vom Ausbau der Schulsozialarbeit werden ab dem kommenden Schuljahr vier weitere Schulen profitieren, ab dem Schuljahr 2024/25 nochmals zwei weitere. Insbesondere in Gymnasien wird es somit möglich sein, künftig Schulsozialarbeit als niedrigschwelliges Angebot und Schnittstelle zur Jugendhilfe anzubieten. Wir bekräftigen damit unser Ziel, dass alle Schulen mit qualitativ hochwertiger Schulsozialarbeit ausgestattet sein sollten. Einerseits mit einem klaren Zeichen in diesem Haushalt, andererseits mit einem Grundsatzantrag, den wir dazu ins Verfahren gegeben haben. Wir sehen allerdings auch weiterhin die Landespolitik in der Verantwortung, Schulsozialarbeit in allen Schulformen zu finanzieren und die Missstände im Schulsystem anzugehen.

Mit der Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren stärken wir Kinder und Familien

Martin Meißner

Strukturen und Kreativität in Kunst und Kultur stärken

von Annette Körner

Feierliche Eröffnung des Themenjahres „Die ganze Stadt als Bühne" © Stadt Leipzig, Dezernat Kultur

Mit Beginn 2023 ist das kulturelle Themenjahr „Leipzig – Die ganze Stadt als Bühne" gestartet, welches den Blick auch auf die 14 Ortschaften rund um den Stadtkern Leipzigs führt. Auch kulturhistorisch bedeutsame Jubiläen werden gefördert, so anlässlich des Amtsantritts von Johann Sebastian Bach vor 300 Jahren als Thomaskantor, zum 125. Geburtstag von Hanns Eisler sowie zum 50. Jubiläum der Städtepartnerschaften Leipzig-Brno und Leipzig-Kraków. Veranstaltungen gibt es im Rahmen der Erinnerungskultur auch zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, zum 175. Todestag von Robert Blum sowie daran anknüpfend dem 175. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848/49.

Annette Körner

Wir leben nicht vom Brot allein, wir benötigen Kunst und Kultur. Kürzlich hat die Verwaltung uns ihren Vorschlag zum Aufwuchs der Zuwendungen an unsere städtischen Eigenbetriebe Kultur vorgelegt: Auch wenn die Pandemie vorbei ist und Besucher*innen wieder kommen, benötigen der gesamte Opernbetrieb sowie Gewandhaus, Schauspiel, Theater der Jungen Welt und Musikschule „Johann Sebastian Bach" neben den geplanten Einnahmen bis 2026 auch eine Steigerung des Zuschusses bis auf mindestens 105,29 Mio. Euro jährlich. Nicht mitberechnet in dieser konkreten Zahl sind z.B. der Zoo, der Thomanerchor und die Museen aufgrund ihrer anderen Zuordnung, aber auch sie haben Kostensteigerungen. Unsere Kulturausschüsse nutzen wir, um kritisch nachzufragen oder Anträge zu stellen, wir bekennen uns aber mit der Mehrheit im Rat zu unseren Kulturbetrieben. Bedarfe sehen wir jedoch auch für die große Freie Szene und kämpfen in jeder Haushaltsberatung um eine Erhöhung der Fördermittel. Das Fallnetz ist hier nicht nur löchriger, es geht vielfach um grundlegende Risiken direkt für das eigene Berufsleben.

Uns liegt aktuell auch eine Vorlage zum Touristischen Entwicklungsplan vor, in dem die Stadt nicht nur über den coronabedingten Einbruch der Tourismuszahlen berichtet, sondern auch ein Stärken-Schwächen-Profil für die Stadt Leipzig vorlegt. Sie schätzt ein, dass einerseits die Kulturangebote und die kreative Freie Szene zu den Stärken Leipzigs zählt, beschreibt andererseits aber u. a. eine noch fehlende Einbindung der Freien Szene in das touristische Netzwerk – vermutlich verglichen mit den städtischen Kulturhäusern. In der aktuellen Haushaltsberatung haben wir nicht nur aufgrund der gestiegenen Aufwendungen und Kosten für die Freie Szene mehr Fördermittel und eine Fortsetzung der Stipendienprogramme durchgesetzt. Wir wollen damit die Strukturen so stärken, dass Vernetzung oder Gemeinschaftsprojekte z.B. auch mit städtischen Häusern ermöglicht werden.

Durch konstruktive Abstimmungen mit Linken und SPD konnten wir Grünen die Fördermittel um mehr als eine halbe Million Euro jährlich über den bereits in Vorjahren erreichten 2,5%-igen Aufwuchs pro Jahr hinaus aufstocken. Von ca. 6 Mio. Euro sind wir über die Jahre durch Anträge dieser Art inzwischen bei mehr als 12 Mio. Euro Fördermittel jährlich zur Ausreichung angelangt. Für 2023 haben wir im Ausschuss bereits die Förderlisten abgestimmt. Die institutionelle Förderung gibt vielen ein Fundament für Kunst und Kultur vor Ort, andererseits werden somit bereits 80% der Fördermittel jährlich gebunden. Uns ist es deshalb wichtig, dass auch bei beschlossenen Erhöhungen mind. 20% der Zusatzmittel in die Projektförderung gehen. Im Einvernehmen mit dem Kulturausschuss wurden für 2023 nun bereits 238 Projekte bewilligt sowie in der institutionellen Förderung Mittel für 51 antragstellende Institutionen freigegeben. Die Zusatzmittel werden die Kulturarbeit stärken. Wie in jedem Jahr wurde vom Gesamtbudget auch ein Teil der Mittel reserviert für die zweite Förderrunde, die mit Antragsfrist zum 31. März beginnt.

Ein Blick auf die Listen zeigt die Vielfalt und weist auf das noch größere kreative Potential, das die Freie Szene in unserer Stadt hat. In aktuellen Workshops mit der Freien Szene, dem Kulturamt und uns Mitgliedern des Fachausschusses Kultur sind wir zugleich dabei, die Förderregularien weiter zu entwickeln. Unter dem Begriff Basisförderung könnte zukünftig eine neue Kategorie zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung ermöglicht werden, mit fließenden Übergängen und Strukturförderungen. Angesichts der Bedarfe empfehle ich, damit nicht wie geplant bis 2025 zu warten.

Das Heft des Handelns: Du hast es in der Hand!

von Tim Elschner

Tim Elschner

T. Elscher bei einer Stadtführung zum Thema Bürgerbeteiligung ©Fraktion

Eine gute Zukunft von Städten ist nicht selbstverständlich. Inwieweit sind Gestaltungskraft und Fantasie Voraussetzung dafür, wegweisende Lösungsansätze umzusetzen? Gerade als Stadt der Friedlichen Revolution kann Leipzig auf wertvolle Erfahrungen bauen, wenn die Grundsätze guter Bürgerbeteiligung in unserer Stadt vorbildhaft gelebt werden.

Um die Bürger- und Awkteursbeteiligung in unserer Stadt weiter zu verstetigen konnten wir im Doppelhaushalt 2023/24 drei Stellen und ein Budget von insgesamt 400.000 Euro eine Mehrheit erlangen.

Schon heute und erst recht morgen wird es um eine transformative Stadtentwicklung gehen. Sowohl die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als auch die Teilhabemöglichkeiten der städtischen Bevölkerung, die urbane Eigenart Leipzigs und der Schutz der Menschenwürde sind verstärkt in den Blick zu nehmen.

Mit den lokal spürbaren Auswirkungen der globalen Umwelteingriffe wird auch die Weiterentwicklung unserer Stadt notwendig und in neue, andere Bahnen gelenkt. Es ist daher zu fragen: Werden wir nun zu Gestalter*innen einer wahrhaftigen Nachhaltigkeit? Um diese Frage letztendlich eindeutig mit einem „JA“ beantworten zu können, kommt es auf jede und jeden Einzelnen von uns als Stadtgestalter*in und Stadtmacher*in an.

Von strategischer Bedeutung ist dabei die grundsätzliche Frage, welche Rolle unsere Stadt bei der Beantwortung dieser Transformationsfrage einnimmt: Meines Erachtens muss es auf eine sozial-ökologische Gestaltung hinauslaufen! Aber was bedeutet das konkret?

Immer wichtiger erscheint mir eine verlässliche Kommunikation mit- und untereinander: Die Stadtgesellschaft wird in ihrer Breite sichtbar immer diverser. Unsere Gesprächswege müssen sich dieser Realität anpassen. Nicht weniger wichtig: eine gelingende Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen. Hier habe ich das Gefühl, dass wir oftmals aneinander vorbeireden.

Ich wünsche mir für Leipzig ein ‚gesichertes Terrain‘. Einen echten Gestaltungsfreiraum für lokales Handeln, welcher nicht von Bund und Land durch ein ständiges Mehr an neuen Aufgabenstellungen ohne entsprechenden finanziellen Rückhalt eingeschränkt und immer weiter geknebelt wird.

Ich habe stets im Zusammenspiel mit anderen in unserer Stadt die Stadtgestaltungshoheit besonders hochgehalten. Es schmerzt mich, diese bisherige, immer mehr einengende Entwicklung erleben zu müssen, wo doch eben alle bedeutenden Entwicklungsprozesse von den Kommunen ausgehen.

Um dennoch mit Zuversicht und einem sich bestätigenden Vertrauensvorschuss in die Neuerfindung unserer Stadt zu gehen, sind Demokratie und Beteiligung – und im Ganzen: Zusammenhalt – von besonderer Wichtigkeit. Nur so können wir die über allem stehende Gemeinwohlorientierung in Leipzig gewährleisten. Braucht es nach 1989/90 und nach dem Tag der Deutschen Einheit vom 3. Oktober 1990 einen neuen Aufbruch, eine andere Moderne, eine andere Bürgerlichkeit?

Entscheidungsprozesse sind über Wahlen demokratisch legitimiert. Wenn es allerdings um die systematische Bürgerbeteiligung in unserer Stadt geht, muss das vielfältige Wissen jeweils in Gesamtbetrachtungen verständlicher, nachvollziehbarer, transparenter und damit wirksamer in Entscheidungsprozesse eingewoben werden. Wohl wissend, dass gelebte Demokratie auch immer etwas mit Freiheit und gleichzeitig mit Zumutungen und Versprechungen zu tun hat.

Beteiligung und Demokratie setzen immer Kompromissfähigkeit voraus. Das ist nicht immer leicht! Bürgerbeteiligung muss auch in jeder Hinsicht effizient sein. Leider gibt es immer noch Beteiligungshürden und Schieflagen. Sie konnten bisher nicht genügend abgebaut werden: Wie gelingt es uns, mehr mit anderen und weniger über andere zu reden?

Dabei spielen Sprache, Inklusion und Sichtbarkeit, die Frage nach Moderation, Orten und Einflussnahme sowie das Thematisieren von Hierarchisierungen und Milieubildungen eine entscheidende Rolle. Auch mit Blick auf Erkenntnisse der Wissenschaft ist (Bürger-)Beteiligung anzupassen und neu zu denken. Ich bin davon überzeugt: Teilhabe an sozialer wie politischer Partizipation lässt sich vor allem kommunal buchstabieren.

Unter Berücksichtigung der Friedlichen Revolution von 1989/1990 und der Deutschen Einheit von 1990 und einem dadurch bedingten vielfältig und sehr komplexen - mit vielen Erfolgen und viel Leid – gelebten epochalen Systemwechsel, sind diese wertvollen Erfahrungen in Zusammenhang mit den jetzigen Herausforderungen einvernehmlich neu zu sortieren und in einem zivilisierten Streit zu diskutieren. Liegt es nicht gerade auch an uns „älteren“ Menschen, unsere jeweiligen Erfahrungen für alle zu übersetzen, damit ein Mehrwert erkannt wird?

In welchem Leipzig wollen wir leben? – Oder: Wie denken wir Leipziger*innen die Zukunft unserer Stadt neu und gestalten sie gemeinsam? Oder: Wie wäre es mit einer neuen Vision von unserer Stadt?

Sich gegenseitig schlauer machen!

Leipzig nachhaltig mobil – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn

von Kristina Weyh

Der Liviaplatz im Zentrum-Nord © Fraktion

Das Thema ist nicht neu, die Stadtpolitik tut sich in der Umsetzung aber gerade schwer.

Mit der vom Stadtrat 2018 einstimmig beschlossenen nachhaltigen Mobilitätsstrategie 2030 beginnen wir die Mobilitätswende in Leipzig. Ziel ist die Erhöhung der Wegeanteile, die im Umweltverbund – das sind Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV – zurückgelegt werden auf 70%. Der motorisierte Individualverkehr soll von 40% auf 30% sinken.

Weitere Verlagerungen hin zu mehr Umweltverbund werden jedoch folgen müssen, damit im Verkehrsbereich tatsächlich die CO_2-Emissionen in ausreichendem Maß sinken.

Doch es geht nicht allein um die Senkung der CO_2-Emissionen. Es geht genauso darum, unsere Mobilität in Leipzig menschenfreundlich zu gestalten. Sie soll sicher, gesund, friedlich und reibungslos funktionieren.

Wir wollen in der wachsenden Stadt leben und uns im öffentlichen Raum aufhalten und eben nicht im Stau stehen, schlechte Luft atmen, vom Lärm krank werden oder uns im Gegeneinander der Verkehrsarten aufreiben.

Zurzeit erleben wir, wie uns die Umsetzung der nachhaltigen Mobilitätsstrategie als Stadtgesellschaft herausfordert und im demokratischen Prozess zu Kompromissen führt. Das schmerzt uns an vielen Stellen und ist doch für die Mehrheitsfindung notwendig.

Allerdings müssen und werden wir aufpassen, dass die Kompromisse nicht zu Lasten unseres Ziels gehen: den Umweltverbund konsequent zu stärken, um Alternativen zum Auto anzubieten. Das bringt dann nicht zuletzt auch Entlastungen für den motorisierten Individualverkehr.

Leider hat sich die CDU in Leipzig Anfang dieses Jahres aus diesem Kompromiss verabschiedet und ihr Bekenntnis zur nachhaltigen Mobilitätsstrategie widerrufen. Der Status Quo auf der Straße soll erhalten bleiben, Radverkehr in den Nebenstraßen abgewickelt und der ÖPNV in der Ausfinanzierung und damit seiner Leistungsfähigkeit drastisch reduziert werden. Was sich dramatisch anhört, ist es auch.

Wir Bündnisgrünen bekennen uns weiterhin klar zu nachhaltiger Mobilität in ganz Leipzig. Denn damit gewinnen wir Lebensqualität, damit stärken wir die Bedarfe der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, damit schaffen wir Gemeinschaft.

Wir wollen, dass Leipzig in alter Tradition mit den Öffis unterwegs ist und werden dafür die Bedingungen laufend an die Bedarfe der wachsenden Stadt anpassen, für einen modernen und attraktiven ÖPNV.

Wir wollen außerdem die Bedingungen für den Radverkehr weiter verbessern und das Radwegenetz ausbauen. Sicherheit für Radfahrende hat für uns dabei oberste Priorität. Das Radwegenetz muss komfortabel und direkt sein, dann ist das Rad in Anbetracht der Topografie in Leipzig eine echte Alternative zum Auto.

Als dritter Baustein des Umweltverbunds liegt uns der Fußverkehr besonders am Herzen, denn er betrifft uns alle. Hierfür brauchen wir Platz und Sicherheit genauso wie kurze Wege und Aufenthaltsqualität. Deshalb möchten wir den öffentlichen Raum aufwerten, grüne Oasen in den Stadtteilen ausweiten, Raum für Begegnung, Miteinander und Austausch schaffen, Gehwege komfortabel gestalten. Wir müssen dringend in der gesamten Stadt unbebaute, grüne Flächen erhalten und ausweiten und so auch für die nötige Abkühlung sorgen.

Leipzig muss attraktiv für zu Fuß Gehende sein: grün, sicher, barrierefrei. Deshalb brauchen wir den Fußverkehrsentwicklungsplan für Leipzig mit Leuchttürmen wie dem Flanierkonzept für die innere Stadt und eine menschengerechte Umgestaltung des Innenstadtrings. Außerdem müssen wir die konsequente Einhaltung von Mindeststandards für den Fußverkehr sichern und überall in der Stadt grüne, schattige und sichere Wege und eine hohe Aufenthaltsqualität generell mit Angeboten zum Verweilen für Jung und Alt garantieren. Wir brauchen überall eine Stadt der kurzen Wege, damit zu Fuß gehen attraktiver Alltag ist. Leipzigs Voraussetzungen dafür sind gut und mit der Umsetzung der nachhaltigen Mobilitätsstrategie werden sie besser.

Leipzig muss attraktiv für zu Fuß Gehende sein: grün, sicher, barrierefrei

Kristina Weyh

Die Mär vom Leuchtturmprojekt Frachtflughafen

von Bert Sander

Der Flughafen Leipzig/Halle © Canva Pro Fotoarchiv

Die ungeschminkte Wahrheit: Es wird lauter und dreckiger

Das DHL-Frachtflug-Drehkreuz macht die Nacht zum Tag.

Das größte Problem mit dem Wachstum ist, dass eben nicht nur die Vorteile, sondern auch die Nachteile proportional mitwachsen. Verantwortliche wie DHL-Drehkreuz-Chef Elio Curti spielen derart Bedenken erwartungsgemäß herunter: Der gute Mann versuchte in der LVZ im Dezember gute Stimmung zu machen und behauptete allen Ernstes, dass mit dem Ausbau des Frachtflughafens und dem Einsatz von zwar größeren, aber dafür moderneren Flugmaschinen es letztlich leiser und emissionsärmer, also sauberer wird. Wie heißt es so treffend: Am Anfang war das Wort – am Ende aber steht nicht selten eine ausgeleierte Phrase oder eine dreiste Lüge. Die ungeschminkte Wahrheit: Es wird lauter und dreckiger.

Aber das sollen wir im Namen der gesellschaftlichen Entwicklung gefälligst klaglos hinnehmen, vor allem deshalb, weil ja das allabendliche Lärminferno angeblich zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Eine herausragende Erfahrung, die wir immer wieder in den zahllosen Diskussionen mit den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft machen dürfen: Unsere Mahnungen, Ängste und Bedenken werden mit dem Argument „Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze“ vom Tisch gewischt.

So immunisieren sich die Entscheidungstragenden gegen jede Form der Kritik. Die Rollen sind verteilt: Sie kämpfen um Arbeitsplätze, wir dagegen blockieren nur; sie sind die innovativen Unternehmer, wir die Querulantinnen oder ewigen Nörgler.

Schaut man sich die Zahlen und Zusammenhänge genauer an, stellt sich allerdings die Frage, ob der Flughafen tatsächlich ein Jobwunder oder vielleicht nicht doch eher ein Jobkiller ist.

Wir empfehlen das Thesenpapier „Jobmaschine–Jobkiller–Killer-Jobs“ vom Aktionsbündnis gegen den Ausbau des Frachtflughafens Leipzig/Halle:

Bert Sander

Vorreiter bei CO_2-Bilanzierung für Kultureinrichtungen werden

von Anna Kaleri

Diskussionsveranstaltung zur Einführung eines CO_2-Rechners für die Kultur in der Leipziger Oper © Stadt Leipzig, Dezernat Kultur

Das Thema Klimaneutralität bewegt Akteur*innen der Leipziger Kultur. Auch weil zukünftig für Fördermittelanträge eine CO_2-Bilanz erforderlich sein wird. Für das Ziel klimaneutraler Veranstaltungen und Einrichtungen wird ein spezifischer CO_2-Rechner benötigt. Denn es macht einen Unterschied, ob eine Opernproduktion, ein Konzert, Filmfestival, eine Bibliothek oder Ausstellung bilanziert werden soll.

Die Handwerkskammer hat sich bereit erklärt, ihren CO_2-Rechner für die Anforderungen im Kulturbetrieb anzupassen. Die Lizenz wird geregelt, die Daten bleiben auf einem Leipziger Server und der Rechner wird für alle kulturellen Akteur*innen kostenfrei zugänglich sein.

Weil auch andere Städte auf ein solches Tool warten, hat sich eine Kooperation mit der Stadt Dresden ergeben. Unterstützt durch die Gicon GmbH und Fraunhofer Institut wird der Rechner bis Ende 2023 mit den Pilotprojekten Oper, DOK Leipzig und GfZK entwickelt. So soll es möglich werden, jeden Prozess zu bilanzieren und den Energieverbrauch nach Bereichen auszuwerten.

Der Intendant der Oper, Tobias Wolff, hob auf einer Pressekonferenz der Stadt die Rolle des CO_2-Rechners als ein Werkzeug „auf dem Weg hin zur Klimaneutralität“ hevor. Die Analyse des Status Quo sei Voraussetzung des Handelns. Dabei ist zu klären, womit Ausgleichszahlungen für unvermeidbare Emissionen bestritten werden, wie Anfahrtswege der Besuchenden datenschutzgerecht erfasst werden können, wie man mit denkmalgeschützten und energetisch schwierigen Gebäuden umgeht. Frauke Roth, Intendantin der Dresdener Philharmonie, mahnte, dass sich die Ableitungen „nicht gegen die Kunst richten“ dürften. Es gilt also, die Freiheit der Kunst in Einklang mit den zwingenden Erfordernissen des Klimaschutzes zu bringen.

Anna Kaleri

Reform des Jugendamtes vorantreiben!

von Michael Schmidt

Der Neubau des Jugendamtes auf der Alten Messe – eine Baustelle im doppelten Sinne. © Fraktion

„Hilfe zur Selbsthilfe" muss wieder das Credo der Sozialarbeit sein

Allein seit ich 2009 Stadtrat wurde, hat unser Jugendamt zwei große Wandlungen hinter sich. Zunächst entschied man in den von Kita- und Schulbau gekennzeichneten Jahren die Zusammenlegung mit dem Schulverwaltungsamt und schließlich die Rückwärtsrolle und Wiedertrennung dieser viel zu groß gewordenen und behäbigen Struktur.

Heute haben wir ein Jugendamt, welches sich wieder auf die Kernthemen der Kinder- und Jugendhilfe konzentrieren soll, die lange Zeit zu kurz gekommen und eben von den vielfältigen Aufgaben im Bereich der Bildungsbauten überlagert wurden.

Ein permanentes ‚Weiter so', ein Aussitzen negativer Entwicklungen, ein Ausblenden unbequemer Wahrheiten, eine unbefriedigende Kommunikation mit dem Jugendhilfeausschuss, eine Intransparenz von Entscheidungsprozessen – all das steht symptomatisch für das Jugendamt der vergangenen 10 Jahre und hat auch dazu geführt, dass über die Jahre immer wieder Mitarbeitende verloren gingen, die sich teils aus Frustration und der verlorenen Hoffnung auf positive Veränderungen und eine bessere Führungskultur in andere Jobs beworben haben.

Seit der Übernahme des Dezernats Jugend, Schule und Demokratie durch Bürgermeisterin Vicki Felthaus vor zwei Jahren wird die innere Reform des Jugendamtes mit ausdrücklicher Unterstützung des Jugendhilfeausschusses Schritt für Schritt forciert. Auch der personelle Neuanfang ist nunmehr eingeleitet und verspricht positive Veränderungen. Einen exemplarischen Blick auf diese Erwartungshaltung bietet der Allgemeine Soziale Dienst (ASD).

Im Bereich Hilfen zur Erziehung wurde nach dem Ratsbeschluss eines Antrages unserer Fraktion eine Steuerungsuntersuchung vorangetrieben, die die Prozesse und Strukturen im ASD auf den Prüfstand gestellt und interessante Erkenntnisse ergeben hat. Man kann erwarten, dass es daraus folgend strukturelle und prozessuale Veränderungen mit positiven Folgen für Mitarbeitende und vor allem auch für Kinder und Familien geben wird.
Müttern und Vätern werde zu häufig von oben mit Repression und Druck begegnet, dies hat der Jugendhilferechtsverein in seinem letzten Jahresbericht betont. Stattdessen sollten deren Nöte ergründet und Potentiale mithilfe des Familiensystems herausgearbeitet und aktiviert werden. Der Jugendhilferechtsverein übt in Leipzig die ombudschaftliche Beratung aus und berät und begleitet die Familien in Zusammenarbeit mit dem ASD. Dahingehend ist es gut, dass ein zentrales Ziel der in Erarbeitung befindlichen Fachstandards der Hilfen zur Erziehung ist, die sozialpädagogische Arbeit mit den Familien wieder ins Zentrum des Handelns zu nehmen. Oberste Ziel muss sein, Familien, die im erzieherischen Bereich zwingend Unterstützung brauchen, aktiv zu stärken, bis sie selbst wieder imstande sind, das Kindeswohl eigenverantwortlich zu garantieren.

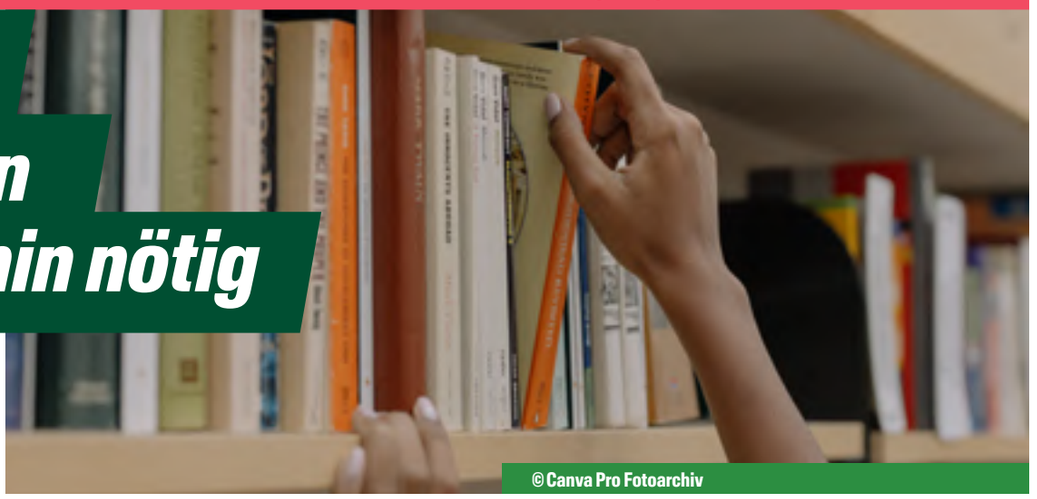
„Hilfe zur Selbsthilfe" muss wieder das Credo der Sozialarbeit sein, sozialpädagogische Arbeit wieder stärker vom ASD selbst ausgehen, statt diese ausschließlich den ambulanten und stationären Trägern zu übertragen und sich selbst auf eine steuernde Funktion zurückzuziehen. Um dies zu unterstützen, hat der Stadtrat vor zwei Jahren auf grüne Initiative hin beschlossen, im ASD ein Rückführungsmanagement einzurichten, um aktiv Potenziale in den Familien und Perspektiven für die Rückkehr von Kindern aus der Heimerziehung zu fördern. Ein dafür notwendiges Rückführungskonzept aber liegt bis heute nicht vor, von den drei bewilligten Stellen ist auch nach zwei Jahren keine einzige erfolgreich besetzt.

Das Gute ist: Der übergroße Teil der Sozialpädagog*innen in unserem ASD ist sich der Herausforderungen sehr bewusst, sie sehen die Fehlentwicklung und bringen eine große Bereitschaft mit, an den notwendigen Veränderungsprozessen auch mit Blick auf das eigene Handeln aktiv mitzuwirken. Dies ist meine große Hoffnung für eine positive Zukunft, in der wir von der viel zu großen Zahl der Kinder in Heimerziehung wegkommen und uns eine nachhaltige Stärkung der Familien gelingt.

Michael Schmidt

Geförderte Arbeitsplätze in Leipzig weiterhin nötig

von Monika Lazar



© Canva Pro Fotoarchiv

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig ist seit einigen Jahren erfreulich niedrig. Trotzdem sind auch in Leipzig geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, Menschen mit Schwerbehinderung und Menschen mit Sorgeverantwortung für minderjährige Kinder weiterhin nötig.

Mit dem Teilhabechancengesetz des Bundes wurde in den letzten Jahren ermöglicht, langfristig öffentlich geförderte Beschäftigung für diese Menschen zu schaffen. Leipzig hat ca. 450 solcher geförderten Stellen, davon 170 beim Kommunalen Eigenbetrieb Engelsdorf, eingerichtet. Die Mitarbeitenden werden z.B. in den Schulbibliotheken eingesetzt und gehen einer sinnstiftenden, wichtigen und aus städtischer Perspektive förderwürdigen Tätigkeit nach.

Im nächsten Jahr läuft diese Maßnahme aus. Von Bundesebene ist geplant, in diesem Jahr eine Anschlussförderung über das neue Bürgergeld zu ermöglichen. Wie sich das auf die Stadt Leipzig auswirkt, ist noch nicht absehbar. Wir sehen weiterhin einen Bedarf für Förderung der Teilhabe durch einen zweiten Arbeitsmarkt, der Menschen mit Teilhabenachteilen unterstützt. Neben einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit enthält das Programm bisher auch Möglichkeiten der Weiterbildung und Begleitung.

Nach dem Auslaufen der aktuellen sinnvollen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muss die Stadt Leipzig dringend eigene Fördermöglichkeiten vorbereiten, um eine ausreichende Anzahl an geförderten Arbeitsplätzen unter den ab 2024 geltenden Rahmenbedingungen anzubieten.

Aus diesem Grund haben wir einen Antrag gestellt, dass sich die Stadt Leipzig weiterhin zu einem geförderten zweiten Arbeitsmarkt bekennt. Im Jobcenter Leipzig sollen auch künftig 450 Stellen des zweiten Arbeitsmarktes gefördert werden.

Monika Lazar

Mein erstes Jahr im Stadtrat: Wohnen, Gerechtigkeit, Fraktionsgemeinschaft

von Andreas Dohrn

© Canva Pro Fotoarchiv

Leipziger*innen unterstützen, die Wohnung und Leben mit Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine teilen und Strompreisschwankungen ausgleichen, deren Schockwellen mitten in die Finanzausschuss-Sitzung reichen sowie mit Langzeitarbeitslosen im „Kommunalen Eigenbetrieb Engelsdorf“ neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt entdecken: Seit Mai 2022 wird mir in den Stadtratssitzungen, den Ausschüssen und in gesellschaftspolitischen Treffen deutlich, wie herausfordernd der Weg ist, die Stadt Leipzig gerechter zu machen. Viele Leipziger*innen sind zunehmend gestresst, Sinn im Leben nach Corona, mit hohen Lebenshaltungskosten und mit komplexeren Familien-/Beziehungs-/Arbeits- und Freizeit-Mustern zu finden. Toll an der Arbeit im Stadtrat ist das Entwickeln konkreter Gerechtigkeits-Bausteine, die aus konzeptionellen, thematischen und detaillierten Impulsen entstehen.

Mal faszinierend, mal zum Kopf schütteln, mal verblüffend ist das Zusammenspiel von tausenden Seiten von Vorlagen, ehren- und hauptamtlichen Inputs, die strukturiert im Miteinander und im Gegenüber zur Stadtverwaltung zu guten Stadtratsbeschlüssen inklusive deren Umsetzung führen. Erst in der Innenansicht von Stadtratsarbeit wird so richtig klar, welche zeitlichen und mentalen Ressourcen damit verbunden und gebunden sind. Das alles wird erst möglich, weil unsere Fraktion und unsere Fraktionsgeschäftsstelle zusammen als Gemeinschaft stabil und in gegenseitiger Wertschätzung funktioniert. Meines Erachtens sind wir aktuell deshalb so handlungsfähig, weil wir in thematischer Tiefe und Breite eine so kompakte Stadtratsfraktion sind. Gerechtigkeit und Gemeinschaft, das wird auch zukünftig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Leipziger Stadtrat wesentlich bleiben.

Andreas Dohrn

Macht und Bedeutung der Ausländerbehörde Leipzig

von Nuria Silvestre Fernández

© Canva Pro Fotoarchiv

Im Jahr 2022 waren 120.203 Menschen mit Migrationsgeschichte in Leipzig gemeldet.

Bei 624.689 Leipziger*innen sind es fast 20% von uns, die regelmäßig mit der Ausländerbehörde (ABH) zu tun hatten, haben oder haben werden.

Und diese Zahl wird mit Sicherheit steigen, da immer mehr Ausländer*innen nach Leipzig kommen. Manche suchen Schutz aufgrund von Zwangsmigration (Verfolgung, Konflikte und Menschenrechtsverletzungen) oder wegen der Folgen der Erderwärmung. Aber es gibt auch sehr positive Motivationsgründe, wie zum Beispiel die Gründung eines Unternehmens, Forschungsaufenthalte oder weil immer mehr Deutsche in binationalen Partnerschaften leben.

Nicht nur die Drittstaatsangehörigen (die vom Recht auf europarechtliche Freizügigkeit ausgeschlossen sind), auch wir Europäer*innen sind von der Ausländerbehörde abhängig. Viele von uns wollen hier unser Wahlrecht auf Landes- oder Bundesebene wahrnehmen, also müssen wir uns einbürgern lassen.

Bei unserer Fraktion gehen ständig Beschwerden über die Arbeitsweise unserer Ausländerbehörde ein. Bei bestimmten Verfahren gibt es einen erheblichen Rückstau, insbesondere bei der Einbürgerung, für die es eine Wartezeit von ca. zwei Jahren gibt.

Viele von uns bekommen wochenlang, manchmal sogar monatelang, keine Antwort auf E-Mails und Briefe, selbst bei dringenden Anliegen. Per Telefon ist selten jemand zu erreichen. Es ist sehr schwierig, richtige Ansprechpersonen zu finden, um Fragen zu stellen, die für unser Leben existentiell sein können.

Es gibt Leipziger*innen, die ihre Arbeit aufgeben müssen, weil ihre Arbeitsgenehmigung abgelaufen ist und nicht rechtzeitig erneuert wird. Menschen, die auf den Aufenthaltstitel warten, dürfen nicht verreisen, um z.B. an Beerdigungen teilzunehmen oder auf internationale Geschäftsreisen zu gehen. Es gibt sehr viele traurige Geschichten, die man in den Google-Rezensionen der Ausländerbehörde nachlesen kann.

Um es mit den Worten von Herrn Okasha, dem Co-Vorsitzenden des Migrant*innenbeirats, zu sagen: "Die Ausländerbehörde ist für viele von uns Gott". Denn viele fühlen sich der Behörde ausgesetzt.

Leipzig benötigt aber in vielen Bereichen dringend ausländische Arbeitskräfte. Viele werden durch die gegenwärtige Situation abgeschreckt und wandern weiter. Diese Situation ist irre und schon seit vielen Jahren bekannt. Ursachen sind unter anderem der hohe bürokratische Aufwand, ungenügende Digitalisierung und vor allem unzureichendes und ungeeignetes Personal.

Dazu kommt, dass "Deutsch als Amtssprache" in Leipzig gesetzt ist. Selbst wenn die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde mehrere Fremdsprachen sprechen würden, dürften sie diese nicht nutzen, weil dies rechtswidrig wäre – in anderen Städten ist dies aber möglich. Die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis zwischen Sachbearbeiter*in und Kund*innen wäre viel leichter, Kosten für Übersetzer*innen und Gerichtsverfahren würden sinken.

Der Migrant*innenbeirat hat 16 neue Stellen für die Ausländerbehörde beantragt, was unsere Fraktion aktiv unterstützt. Auch weil wir wissen, dass das Ausländerrecht dank unseres Koalitionsvertrages auf Bundesebene verbessert wird. Es wird kürzere Einbürgerungsfristen und einfachere Verfahren geben, was aber erst einmal die Anzahl der Anträge immens ansteigen lassen wird. Leider wurde bis heute nur zehn Stellen zugestimmt, was das Problem nicht nachhaltig lösen kann.

Außerdem sieht der Antrag des Migrant*innenbeirats ein Front Office vor, weil zur Zeit Ausländer*innen von der Security am Eingang nur auf Deutsch "begrüßt" bzw. ohne Termin heimgeschickt werden. Das Front Office könnte in mehreren Sprachen an die richtige Ansprechperson vermitteln, kleinere Fragen klären oder Termine direkt vereinbaren.

Aktuell ist die Arbeit der Ausländerbehörde aufgrund von Personalmangel und strukturellen Herausforderungen unzureichend. Wir fordern schnelle Verbesserungen und eine ständige Evaluierung ihrer Arbeitsweisen. Eine gute und zuverlässige Arbeit ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass auch wir Bürger*innen mit Migrationsgeschichte unseren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten können!

Die Ausländerbehörde ist für viele von uns Gott (Herr Okasha)

Nuria Silvestre Fernández

Das Stadtbezirksbudget im Jahresrückblick 2022

von Martin Biederstedt

© Canva Pro Fotoarchiv

Gedacht als Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Bürgerhaushalt, blickt das Stadtbezirksbudget bereits auf zwei Jahre Praxiserfahrung zurück. Als Fraktion sind wir positiv überrascht, wie schnell die meisten Startschwierigkeiten seitens der Verwaltung und durch die Stadtbezirksbeiräte in Eigenregie abgestellt wurden.

Jedem der zehn Stadtbezirke stehen seit 2021 jährlich 50.000 Euro zur Unterstützung von Ideen und Projekten vor Ort zur Verfügung. Entweder setzt die Verwaltung einen eingereichten Vorschlag selbst um oder ein vorgeschlagenes Projekt wird entsprechend finanziell ausgestattet. Am Ende muss ein Mehrwert für den jeweiligen Stadtteil zu Buche stehen. Alle können ihre Ideen einbringen. Am Ende entscheidet der jeweilige Stadtbezirksbeirat öffentlich über die Anträge und die Mittelverwendung.

Die Statistik weist für 2022 knapp 400 eingereichte Ideen und Projekte aus. Das ist ein eindeutiger Anstieg zum Vorjahr. Mehrinvestitionen in die Öffentlichkeitsarbeit, u.a. Beiträge im Fahrgast-TV in Bussen und Bahnen, haben dem Bekanntheitsgrad des Beteiligungsformats gutgetan. Deutlich wird, dass insbesondere die lokale Vereinslandschaft partizipiert und diese Möglichkeit der Mikrofinanzierung weit in die eigenen Mitgliederstrukturen trägt. Die Antragsstellenden erscheinen zumeist persönlich, um für ihre Ideen zu werben. So lernen die Stadtbezirksbeiräte die Aktiven vor Ort besser kennen. Ebenfalls ist positiv hervorzuheben, dass es Stadtbezirksbeiräten gelungen ist, Akteur*innen auch bei Nichtannahme von Anträgen zum Weitermachen zu ermutigen und weitere Förderungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Zum Jahresende 2022 wurden mehr als 90% der Budgetmittel durch Stadtbezirksbeiräte beschlossen und ausgereicht. Dabei ist es den Stadtbezirksbeiräten letztes Jahr besser gelungen, finanzielle Mittel über das gesamte Kalenderjahr zu verteilen. So konnten auch spät eingereichte Anträge fair behandelt werden. Im Durchschnitt entfielen auf jede angenommene Projektidee circa 2.800 Euro Förderung. Laut einer Jahresauswertung hatten insbesondere kleinere Projekte wie Sitzgelegenheiten und Infotafeln gute Chancen, Berücksichtigung zu finden. Besonders freut mich, dass über ein solches Budget mittlerweile neue Beteiligungsformate angestoßen werden. Als ein Beispiel sei das Dialogforum Verkehrskonzept Arthur-Bretschneider-Park genannt.

Wächst mit steigender Antragszahl auch der Druck auf die ehrenamtlichen Stadtbezirksbeiräte? Die Anhörung der Antragsstellenden, der Abgleich zugehöriger Verwaltungsmeinungen und die gemeinsame Entscheidungsfindung müssen zusätzlich zu bisherigen Beiratsaufgaben unter Ausdehnung von Sitzungszeiten geschultert werden. Die Vereinbarkeit des Ehrenamts mit Beruf und Freizeit bleibt eine Achillesferse dieses Beteiligungsformates. Freistellungen gibt es keine. Mit Abschluss der Förderrunde 2022 lassen sich aber Verbesserungen in allen Abläufen erkennen. Die Verwaltung hat auf den erhöhten Aufwand mit einer verbesserten Personalbetreuung reagiert. Nur die Dauer eingehender Verwaltungsmeinungen zu den Vorschlägen und Projekten bereitet noch Ärger.

In den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24 zeigte sich, dass Ideen und Projekte aus den Stadtteilen sogar zunehmen können. Stadtbezirksbeiräte dürfen Änderungsanträge zum städtischen Haushaltsentwurf stellen. Diesmal haben sie von ihrem Recht so stark Gebrauch gemacht wie nie zuvor. Auf persönliche Nachfrage wurde deutlich, dass einige dieser Änderungsanträge im Kern auf einen Vorschlag oder auf ein Projekt zurückgehen, welches im Rahmen des Stadtbezirksbudgets nicht umgesetzt werden konnte. So zeigt sich verantwortungsbewusstes Handeln von Stadtbezirksbeiräten gegenüber den Akteur*innen in ihrem Stadtteil und dass Bürgerbeteiligung lebendig in das Haushaltsverfahren der Stadt hineingetragen wird.

Stadtbezirksbudgets

- **50.000 Euro pro Stadtbezirk / Jahr**
- **antragsberechtigt: alle Leipziger*innen, Vereine, Verbände, freie Träger, Gruppen, Initiativen, juristische Personen, Körperschaften des öffentlichen Rechts**
- **Beispiele für Projekte mit Stadtteilbezug: Stadtteilveranstaltungen, Tauschboxen, Bänke**
- **Stadt erstellt Verwaltungsmeinung**
- **Entscheidung fällt der Stadtbezirksbeirat**

Anträge für 2023 können online eingereicht

Martin Biederstedt

Postanschrift:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Stadtrat Leipzig
04092 Leipzig

Liebe*r Leser*in,

in der Europäischen Union ist am 25.05.2018 die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Darin werden Unternehmen verpflichtet, transparent mit personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden, umzugehen. Dies nehmen wir zum Anlass, unseren Verteiler fortlaufend zu überprüfen und zu aktualisieren.

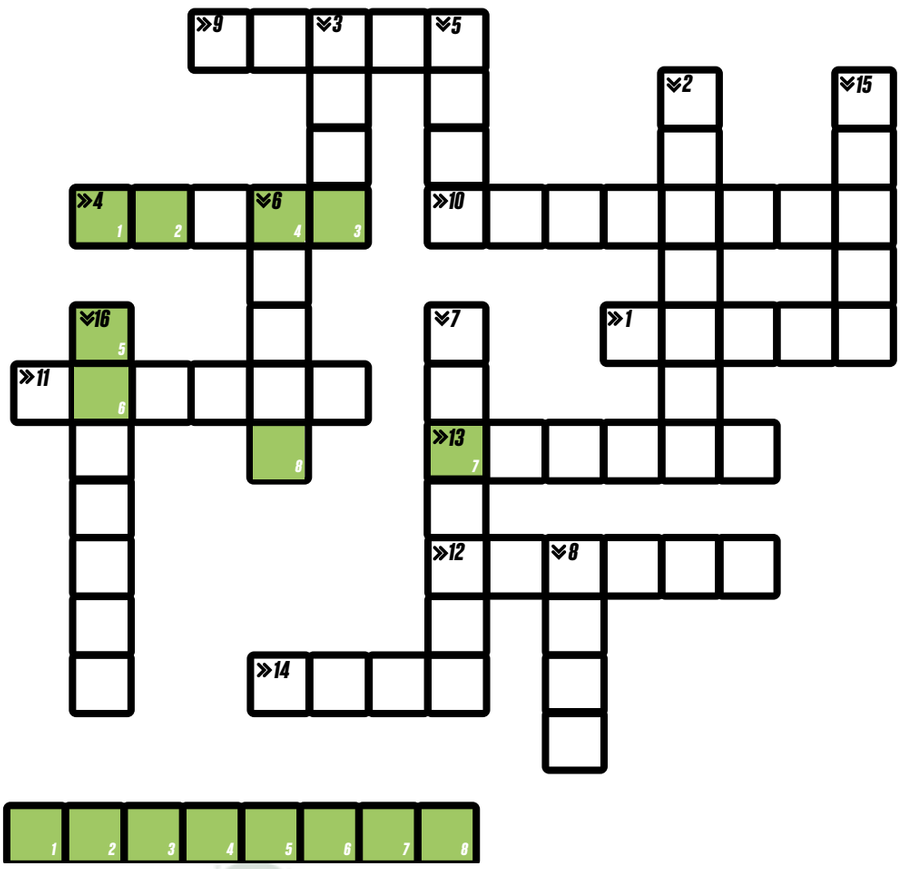
Du erhältst von uns den Ratschlag, unsere Fraktionszeitschrift. Wir erfassen dafür Deinen **Vornamen, Nachnamen** und für den postalischen Versand Deine **Postanschrift** bzw. für den digitalen Versand deine **E-Mailadresse** in unserer Datenbank. Deine Daten werden ausschließlich zu diesem Zwecke genutzt. Insbesondere erfolgt keine Weitergabe an unberechtigte Dritte.

Wir freuen uns, wenn Du auch weiterhin den Ratschlag beziehen willst. In dem Falle brauchst Du nichts zu tun! Du kannst jedoch jederzeit die Einwilligung widerrufen. Das kannst Du per Mail an **gruene-fraktion@leipzig.de** oder per Post an **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Leipzig, Martin-Luther-Ring 4–6, 04109 Leipzig** tun.

Es gilt die Datenschutzerklärung, die auf unserer Webseite über **www.gruene-fraktion-leipzig.de/datenschutz.html** abzurufen ist.

Vielen Dank für Deine Unterstützung!

Kreuzworträtsel



Kreuzworträtsel-Fragen:

1. Vorname Leipziger Bürgermeisterin
2. Leipzig helps ...
3. landschaftlich: Biene
4. Französisch: Stadt
5. Straßenbahn
6. Architekt des Neuen Rathauses
7. ital. Partnerstadt Leipzigs
8. nachwachsender Rohstoff
9. Leipziger Dichterin
10. 89. Ehrenbürger Leipzigs
11. Fluss in Leipzig
12. Stadtteil im Norden
13. Endhaltestelle der Linie 1
14. Abk. Kindertagesstätte
15. Tagebauchrestloch (Kurzwort)
16. Drahtesel

Rätsel Lösung:

1. Vicki / 2. Ukraine / 3. Imme / 4. Ville / 5. Tram / 6. Licht / 7. Bologna / 8. Holz / 9. Voigt / 10. Magirius / 11. Parthe / 12. Gohlis / 13. Lausen / 14. Kita / 15. Cossi / 16. Fahrrad / Lösung: Vielfalt

Impressum

Herausgeber: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE RÜNEN
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 180
Tel.: 123 - 2179
E-Mail: gruene-fraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Redaktion: Ingo Sasama (V.i.S.d.P.),
Michael Schmidt,
Antonia Weishaupt,
Juliane Zenner,
Tim Atkins
Alle Portraits: Martin Jehnichen
Auflage: 5.000 Exemplare
Gestaltung: Ungestalt GbR, Leipzig,
www.ungestalt.de
Produktion: LZ Medien GmbH

StadtratGruene gruenefraktion gruenefraktionleipzig

Hintergrundfoto von Appaloosa – eigene arbeit, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=10950185